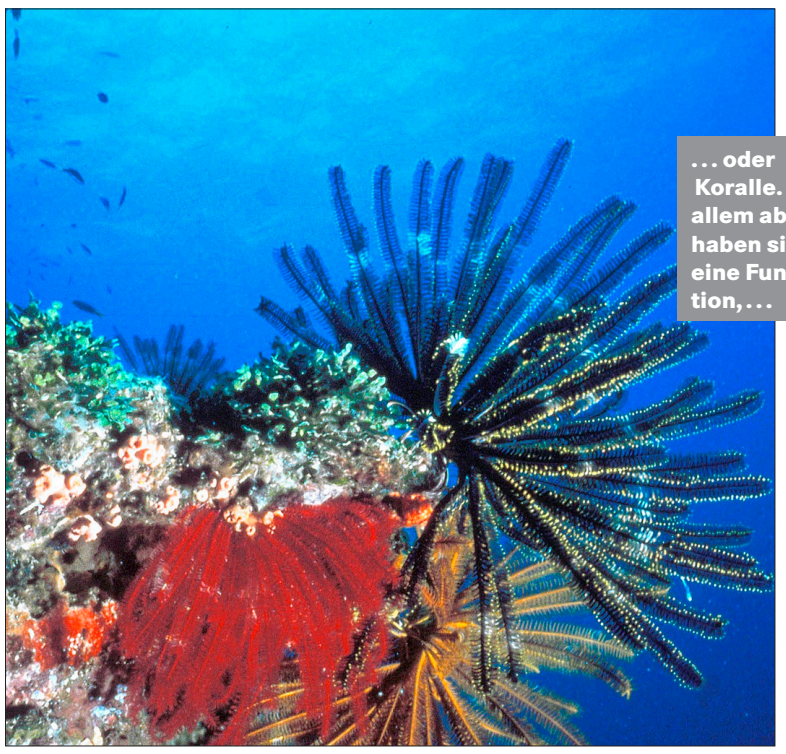
Der Raubbau an der Natur soll binnen zehn Jahren gestoppt werden. Darauf hat sich die UN-Artenschutzkonferenz im japanischen Nagoya nach zweiwöchigen Verhandlungen geeinigt. Doch die wirkliche Arbeit beginnt erst – auch in Deutschland. Beispielsweise müssten viele Subventionen für die heimische Landwirtschaft abgeschafft werden.

Schön sind sie alle, ob Tiger…



…oder Koralle. Vor allem aber haben sie eine Funktion,…

Zweiter Anlauf für die Natur

Staatengemeinschaft beschließt größere Schutzräume für Pflanzen und Tiere / Von Christian Mihatsch

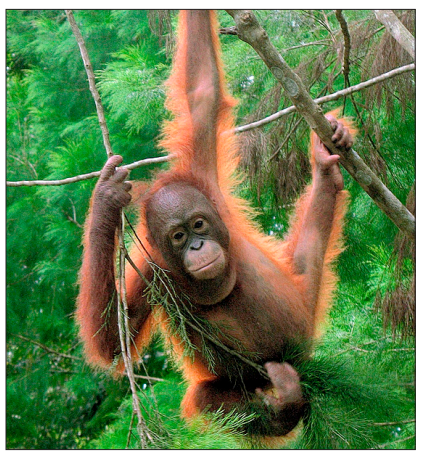
In wenigen Tagen wird er aus dem Amt scheiden, doch am späten Freitagabend konnte er noch einmal einen großen Erfolg feiern: Lula da Silva, der Präsident Brasiliens. Bis zuletzt haben die Brasilianer bei den Verhandlungen über den Schutz der Artenvielfalt gegen die Biopiraterie gekämpft. So nennt man die unentgeltliche Nutzung von genetischen Ressourcen. Nun gibt es eine Einigung: Wer in Zukunft das Erbgut einer Pflanze oder eines Tieres nutzt, um Medikamente oder Kosmetika herzustellen, muss die Herkunftsländer an den Gewinnen beteiligen. Davon profitiert insbesondere Brasilien, das Land mit der wohl größten Artenvielfalt. Im Gegenzug müssen die Pharmakonzerne in den Industriestaaten nicht länger fürchten, auch für die Nutzung von Pflanzen und Tieren in der Vergangenheit zur Kasse gebeten zu werden. Diese Forderung stand bei den Verhandlungen im Raum.

Dank dieses Durchbruchs kam dann auch Bewegung in den eigentlichen Kern der Verhandlungen, den Schutz der Artenvielfalt. Und um halb zwei Uhr am Samstagmorgen war es dann soweit: Alle Elemente des Puzzles hatten ihren Platz gefunden. Der Ausgleich zwischen den Interessen der Industrie- und der Entwicklungsländer war geglückt. Niederschlag findet dieser Ausgleich in zwei Dokumenten: Dem „Nagoya Protokoll über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die gerechte Verteilung der Gewinne aus deren Nutzung“ und dem „Strategischen Plan 2020“ der UN-Konvention über die biologische Vielfalt.

Während der erste Aspekt die Biopiraterie regelt, betrifft der zweite den eigentlichen Arten- und Naturschutz. Und hier wurden wesentliche Fortschritte erzielt. Weltweit sollen 17 (heute 13 Prozent) Prozent der Land- und 10 Prozent der Meeresfläche (heute 1,3 Prozent) unter Schutz gestellt werden. Außerdem sollen bis 2020 die Überfischung der Meere gestoppt und umweltschädliche Subventionen abgeschafft werden. Und schließlich haben die 193 Länder beschlossen, den ökonomische Wert der Natur in ihre nationalen Buchhaltungen aufzunehmen. Wie das Bruttoinlandsprodukt Gewinn und Verlust aus wirtschaftlichen, in Geld messbaren Aktivitäten ausweist, soll auch der Gewinn oder Verlust an Umweltkapital Eingang in politische Entscheidungen finden.

Ungeklärt blieb hingegen die Frage der Finanzierung von Naturschutzmaßnahmen. Brasilien hatte ursprünglich gefordert, dass die Industriestaaten ab 2020 jährlich 200 Milliarden Dollar (150 Milliarden Euro) in den Artenschutz investieren. Das wäre fast hundertmal soviel wie heute. Doch von dieser Forderung haben die Entwicklungsländer schließlich abgesehen. Nun soll erst der genaue Finanzbedarf ermittelt und dann bis 2012 das nötige Geld für die Umsetzung des Planes gefunden werden. Ein Vertreter der Umweltschutzorganisation WWF meinte denn auch: „Wir sind enttäuscht, dass die Industrieländer mit leeren Taschen gekommen sind.“

Aber nach den Worten von Chantal Jouanno, der französischen Umweltministerin, ist es nicht unmöglich, das Geld aufzutreiben: „Es können nicht nur öffentliche Gelder sein, da die erforderlichen Summen so riesig sind. Es müssen auch private Gelder sein. Es muss verbindliche Zusagen von Firmen geben: Du machst Profite mit der Artenvielfalt? Dann ist es logisch, dass diese Profite auch wieder der Artenvielfalt zugute kommen.“ Optimistisch zeigte sich WWF-Chef Jim Leape: „Dieses Abkommen bestätigt das fundamentale Bedürfnis, die Natur zu schützen als Grundlage sowohl für unsere Wirtschaft als auch die Gesellschaft.“ Die Einigung von Nagoya darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Staatengemeinschaft schon 1992 auf dem Weltgipfel von Rio de Janeiro beschlossen hatte, das Artensterben bis zum Jahr 2010 zu stoppen.



…der Orang-Utang so gut…

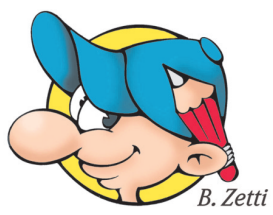
…wie die Biene.

FOTOS: DPA

ERKLÄR'S MIR

Was ist Artenschutz?

Die meisten Tier- und Pflanzenarten sind ausgestorben. Das heißt, es gibt sie nicht mehr. Aber man kennt sie, weil man Versteinerungen gefunden hat. Ein Beispiel sind die Saurier. Sie sind wahrscheinlich durch eine Naturkatastrophe verschwunden. Aber viele Arten sterben aus, weil der Mensch ihren Lebensraum zerstört. Wiesen und Teiche verschwinden unter Beton und Teer; Wälder werden abgeholzt. Manche Tiere sind auch in Gefahr, weil zu viele von ihnen gefangen werden. Aus diesem Grund sind viele Meeresfische selten geworden. Dabei brauchen wir Menschen Tiere und Pflanzen. Ohne sie könnten wir nicht leben. Pflanzen sorgen für unsere Atemluft und sie reinigen verschmutztes Wasser. Tiere erzeugen Humus, auf dem wiederum Pflanzen wachsen, die wir essen. Ohne Bienen gäbe es kaum Kirschen und Äpfel. Artenschutz bedeutet, dass die Menschen sich anstrengen müssen, Tieren und Pflanzen den Lebensraum zu erhalten. Dann stellen sie sich meist von selbst wieder ein. Beispiele sind Seeadler und Biber, die bei uns fast ausgestorben waren. *arn*



B. Zetti

Die Arbeit fängt erst an

Umweltschädliche Subventionen zu streichen und die Überdüngung in der Landwirtschaft zu beenden, wird auf harten Widerstand stoßen

Bis zum Jahr 2020 will die Weltgemeinschaft erhebliche Fortschritte im weltweiten Artenschutz erreichen. Darauf einigten sich 193 UN-Vertragsstaaten auf der Naturschutzkonferenz im japanischen Nagoya. Umweltverbände bejubeln dieses Ergebnis. So soll etwa der Verlust der Artenvielfalt bis 2020 gestoppt werden. Schon einmal hatte sich die Weltgemeinschaft dieses Ziel für das Jahr 2010 gesetzt – und war gescheitert. Sind die neuen Ziele realistisch?

„In der Beurteilung, dass das 2010-Ziel nicht erreicht wurde, war herausgekommen, dass die erforderlichen Mittel gefehlt haben“, sagte Günter Mitlacher von der Umweltstiftung WWF. Konkrete Maßnahmen und ein Finanzierungsverfahren sollen ein erneutes Scheitern verhindern.

Die vereinbarten Maßnahmen treffen verstärkt den Bereich der primären Produktion: Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft. In der Landwirtschaft soll etwa die Überdüngung bis 2020 gestoppt werden. „Das Hauptproblem ist, dass in Gebieten mit hohen Viehbeständen zusätzlich zu den Exkrementen der Tiere noch Mineraldünger aufs Feld gebracht werden“, sagte Ewald Schnug vom Julius-Kühn-Institut, dem Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen.

Landwirte sollten zwar korrekt düngen. Eine Überdüngung habe aber keine Konsequenzen. Daher sei „es schwierig, diese Regeln auf das Feld umzusetzen“, meinte Schnug. Er schlug die Einrichtung einer jährlichen verpflichtenden Betriebsberatung für landwirtschaftliche Unternehmen vor, wie sie in Dänemark üblich sei.

Auch die Fischereiwirtschaft müsste stärker überwacht werden, wenn man es mit dem Artenschutz ernst meint. So fordert das Tierschutznetzwerk Traffic, das den Handel mit Wildtieren beobachtet, einen sofortigen Handelsstopp mit Aalen in der EU. Gemäß einer Studie seien die Bestände von Jungaalen seit den 1980er Jahren um 90 Prozent geschrumpft. Doch die EU gewährt den Mitgliedsstaaten immer noch freie Hand beim Handel mit der Rote-Liste-Art. Zwischen 1998 und 2008 seien etwa 3000 Tonnen Aale aus der EU exportiert worden. „Sogar mit einem totalen Stopp der Aal-Fischerei schätzen wir, dass es etwa 80 Jahre dauern würde, bis sich die Population wieder erholt hat“, sagte eine Traffic-Sprecherin.

Da Artenschutz am besten in den Heimatgebieten der Tiere und Pflanzen umgesetzt werden kann, sollen bis zum Jahr 2020 auch die Schutzgebiete der Welt vergrößert werden. In Europa müssen dafür etwa vier Prozent mehr Landfläche, weltweit neun Prozent mehr Meeresfläche geschützt werden. Doch mehr Fläche bedeutet nicht immer mehr Schutz: Die meisten Großschutzgebiete der Erde liegen in Gegenden mit erstaunlich geringer Artenvielfalt. Dies stellt eine im Fachmagazin *Bio Science* veröffentlichte Studie fest. Die britischen Wissenschaftler untersuchten weltweit große Schutzgebiete und plädieren nun für eine zielgerichtete Ausweisung neuer Flächen.

Zum ersten Mal ist in Japan auch die Vereinbarung getroffen worden, schädliche Subventionen des Staates bis zum Jahr 2020 einzustellen. Dies betrifft etwa Zuschüsse für schädliche Produktionsweisen in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. Aber auch die Bereiche Verkehr und Energie erhalten in großem Umfang Unterstützung, die der Umwelt mehr schadet als nutzt. Das Umweltbundesamt bezifferte die umweltschädigenden Subventionen in Deutschland für 2008 auf 48 Milliarden Euro. Diese Zahlen beziehen sich ausschließlich auf Unterstützungen des Bundes.

Der Präsident des Naturschutzbundes Deutschland, Olaf Tschimpke, sieht nun die Bundesregierung in der Pflicht. Im *Deutschlandradio Kultur* verwies er darauf, dass das Abkommen von Nagoya auch für Deutschland bedeutet, in den nächsten zehn Jahren eine naturverträgliche Landwirtschaft und Fischerei auf den Weg zu bringen, die den Artenschutz berücksichtige. *Anna Martinsohn (dpa)*

▶▶ Mehr Informationen zu umweltschädlichen Subventionen in Deutschland unter **www.umweltdaten.de/publikationen**